

K-01 - NRW vor der Kommunalwahl

Antragssteller*in:	Landesvorstand
Gegenstand:	Grüne NRW ein Jahr vor der Kommunalwahl

Zukunft beginnt hier

1

2 Am 13. September 2020 wählen die Menschen in Nordrhein-Westfalen ihre Zukunft vor Ort.
3 Unser Leben spielt sich in unseren Städten und Gemeinden ab – und hier stellen wir uns auch
4 den großen Herausforderungen unserer Zeit. Hier erleben und schützen wir unsere Umwelt
5 und Natur, setzen Klimaschutz gemeinsam um, leben sozialen Zusammenhalt und engagieren
6 uns für unsere Demokratie. Uns GRÜNE leitet dabei einer unserer Gründungsgedanken:
7 „Global denken, lokal handeln“.

8

9 GRÜNE Kommunalpolitik verharret nicht im Jetzt und Hier, sondern denkt auch schon an
10 übermorgen, damit wir alle in Zukunft gut leben können. Wir GRÜNE haben ein politisches
11 Angebot für das ganze Land. NRW ist vielfältig – und genauso vielfältig sind die politischen
12 Lösungen, mit denen GRÜNE in Stadt und Land das Klima schützen, umweltfreundliche
13 Mobilität vor Ort fördern und den Zusammenhalt in unseren Nachbarschaften stärken. Uns
14 eint die Lust, die Zukunft unsere Städte und Gemeinden gemeinsam mit den Bürger*innen zu
15 gestalten. Wir investieren in unsere gemeinsame Infrastruktur, insbesondere in den Bereichen
16 Verkehr, Energie und schnelle Datennetze. So können auch neue Entwürfe des Arbeitens und
17 Lebens, der Kommunikation und Öffentlichkeit entstehen.

18

19 Wir GRÜNE wollen im September 2020 in NRW das beste Grüne Kommunalergebnis unserer
20 40-jährigen Geschichte einholen. Dazu setzen wir auf die Fragen, die den Menschen vor Ort
21 auf den Nägeln brennen. Und wir setzen auf engagierte Kandidat*innen: Wir wollen mehr
22 Frauen, mehr junge Menschen, mehr Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und Menschen
23 ohne akademischen Hintergrund sowie mehr Engagierte aus der Zivilgesellschaft in die Räte
24 holen.

25

Kommunen der Zukunft: Nachhaltig, sozial gerecht und vielfältig

26

27
28 Die Klimabewegung in NRW hat so viel Zulauf wie nie zuvor. Es wird immer offensichtlicher,
29 dass wir keine Zeit mehr verschwenden dürfen, sondern auf allen Ebenen jetzt handeln
30 müssen. **Klimaschutz fängt dort an, wo wir leben.** Wer aus der Kohle aussteigt, muss
31 Erneuerbare Energien, in Sonne und Wind investieren. Wir machen NRW-Kommunen zu
32 Hotspots der Erneuerbaren Energien. In unserem Land liegt ein Potenzial von 60 Gigawatt

33 Solarenergie brach. Dies wollen wir durch Vorrang für solare Kraftwerke auf den vielen
34 Dächern, und wo möglich auch auf Freiflächen ändern. Wir wollen 500.000 Solardächer in
35 NRW bis 2025. In Kooperation mit dem Handwerk bringen wir die Wärmewende in die
36 Keller und die Wohnzimmer. Die Energiewende gestalten wir gemeinsam mit den
37 Bürger*innen. Wo immer möglich, setzen wir auf Kooperation zwischen der Kommune und den
38 Bürger*innen, denn das schafft größtmögliche Akzeptanz. Gleichzeitig bereiten wir unsere
39 Städte und Gemeinden auf die Auswirkungen der Klimakrise vor, indem wir den Schutz vor
40 Hitze, Überschwemmungen und Dürre verbessern. Kommunale Wirtschaftsförderung muss
41 nachhaltigen Kriterien folgen, damit sie den sozial-ökologischen Umbau unserer
42 Industriegesellschaft unterstützt.

43

44 **Unser Land braucht die Verkehrswende!** Wir setzen vor Ort auf emissionsarme, vernetzte,
45 bezahlbare und intelligente Mobilität. Wir befreien unsere Städte von Stau, Lärm und
46 dreckiger Luft. Bus und Bahn, Fahrrad und Pedelec wollen wir auch zwischen Stadt und Land
47 als gleichwertige, attraktive Alternative zum eigenen Auto etablieren, damit der Umstieg
48 gelingt. Wir gestalten unsere Kommunen fußgänger- und radfahrfreundlich, stärken das
49 Angebot an Bus und Bahn und setzen auf günstige, einfache Tarife. Mit mehr Ladesäulen und
50 E-Bussen leisten wir einen kommunalen Beitrag zur E-Mobilitätswende.

51

52 **In Stadt und Land wünschen sich Menschen eine gesunde Natur** – deshalb setzen wir GRÜNE
53 uns für den Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft und eine neue und nachhaltige
54 Waldwirtschaft ein und machen unsere Kommunen pestizidfrei. Wir erhalten und erweitern
55 öffentliche Grünflächen, setzen auf ein besseres Ortsklima, begrünen die Dächer und Fassaden
56 und schaffen mehr Lebensräume für Bienen und andere Insekten. Damit wollen wir auch die
57 Widerstandsfähigkeit vor Hitzeperioden ausbauen. Wir begrenzen die weitere Versiegelung
58 unserer Böden. Wir versöhnen "Nachverdichtung" mit ökologischem Gewinn für Natur und
59 Mensch. Das wichtigste Produkt der Natur, unser Wasser, schützen wir vor Gift und Dünger.

60

61 **Wohnen ist mehr als ein Dach über dem Kopf.** Steigende Mieten, keine angemessene
62 Wohnung, die Sorge sich die Wohnung nicht mehr leisten zu können: Diesen Zustand
63 akzeptieren wir nicht. Wohnen ist ein Grundrecht und kein Spekulationsobjekt. Deshalb setzen
64 wir uns dafür ein, dass unsere Städte und Gemeinden wieder stärker Verantwortung
65 übernehmen, selbstbewusst Flächen entwickeln, und nicht mehr nach dem Bestbieterprinzip,
66 sondern gemeinwohlorientiert veräußern – für bezahlbares Wohnen. Gleichzeitig nehmen wir
67 die Regionen in den Blick, in denen die Sorge wächst, den Anschluss zu verpassen: Wir setzen
68 auf wohnortnahe Gesundheitsversorgung, eine gute Anbindung mit öffentlichen
69 Verkehrsmitteln, eine schnelle Internetanbindung und digitale Stadtverwaltung, um gerade
70 unsere ländlichen Räume attraktiv zu halten.

71

72 **Teilhabe vor Ort muss für alle möglich sein.** Wir GRÜNE setzen auf starke kommunale
73 Einrichtungen wie Schwimmbäder, Bildungseinrichtungen und Büchereien. Wir stehen ein für
74 eine glaubwürdige, aktive und ambitionierte Sozialpolitik in der Kommune, die einen
75 wichtigen Beitrag dazu leisten kann, Armut zu bekämpfen. Wir entwickeln gemeinsam mit
76 Partnern vor Ort innovative Strategien, um der Spaltung unserer Stadtgesellschaften
77 entgegenzuwirken. Wir wollen unsere Dörfer und Stadtteile zu echten Quartieren

78 weiterentwickeln, in denen von der Schule über die Familienberatungen bis zur
79 Arbeitsagentur alle Anlaufstellen vernetzt sind.

80

81 **Nur eine familien- und kinderfreundliche Gemeinde ist auch eine zukunftsfähige Gemeinde.**

82 Das fängt bei der Gestaltung von Orten und Plätzen an, an denen Kinder sicher spielen
83 können. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern wir mit ortsnahen, guten
84 Kinderbetreuungsangeboten, flexiblen Öffnungszeiten und einer Ausweitung des
85 Ganztagsangebots an Schulen und Kitas. Wir unterstützen Familien mit einem besseren
86 Übergangsmanagement zwischen den Bildungsphasen und fördern die Mitbestimmung der
87 Kinder und ihrer Eltern bei der Gestaltung ihrer Lern- und Lebenswelten.

88

89 Mehr denn je wollen Jugendliche die Zukunft ihres unmittelbaren Umfelds und ihres Planeten
90 mitbestimmen und mitgestalten. **Wir GRÜNE unterstützen junge Menschen dabei, echte**
91 **Mitspracherechte und Beteiligung zu erstreiten.** Wir werden deutlich mehr junge
92 Kandidat*innen für die Räte aufstellen. Neben mehr Beteiligung brauchen Jugendliche auch
93 mehr (Frei-)Räume in unseren Städten und Gemeinden – auf öffentlichen Plätzen, in
94 Jugendzentren und durch mobile Angebote. Auch für Wahlen zu Landtag, Bundestag und
95 Europaparlament wollen wir das Wahlalter 16!

96

97 Selbstbestimmung ist gerade im Alter wichtig. Wir fördern die kulturelle und soziale Teilhabe
98 und das ehrenamtliche Engagement der älteren Generation. **GRÜNE Politik ermöglicht im**
99 **Alter ein selbstbestimmtes und würdevolles Leben im gewohnten Umfeld** – durch
100 wohnortnahe Versorgung im Quartier, Mobilitätsangebote für Ältere und barrierefreie
101 öffentliche Räume.

102

103 Unsere Städte und Gemeinden stecken voller guter Ideen. Wir bringen sie zusammen.

104 **Beteiligung vor Ort ist für uns entscheidend.** Für mehr echte Mitbestimmung wollen wir auch
105 die Digitalisierung nutzen, z.B. bei der Einbeziehung in Planungsvorhaben. Die Digitalisierung
106 bietet auch Chance für die öffentlichen Verwaltungen. Wir wollen diese zielgenau nutzen, um
107 den Service für BürgerInnen zu verbessern und ins 21. Jahrhundert zu führen.

108

109 Wir GRÜNE streiten leidenschaftlich für die Gleichstellung von Frauen, auch auf der
110 kommunalen Ebene. **Wir stehen für vielfältige und weltoffene Städte und Gemeinden.** Hier hat
111 jede*r seinen Platz – ob zugewandert oder lange verwurzelt. Bei der Kommunalwahl 2020
112 geht es auch darum, dass NRW nicht weiter nach rechts abdriftet. Menschenfeindlichkeit und
113 Hetze stellen wir uns als Teil einer bunten Zivilgesellschaft entschieden entgegen.

114

115

116 **Kommunalpolitik muss gestalten können!**

117

118 Deutschland hat in den letzten Jahrzehnten von der Substanz gelebt – ganz besonders in den
119 Kommunen. Das kommunale Vermögen verliert seit 16 Jahren immer weiter an Wert. Es
120 gelingt den Kommunen noch nicht mal, zu ersetzen, was zerfällt und verschleißt. Geschweige
121 denn, ihre Infrastruktur zukunftsfest zu machen. Besonders im Ruhrgebiet stecken viele
122 Kommunen in einer fatalen Abwärtsspirale aus hohen Sozialausgaben, zwangsläufigen

123 Einsparungen bei den freiwilligen Leistungen und Gewerbesteuererhöhungen. Unternehmen
124 wandern ab und einkommensstärkere Familien ziehen in attraktivere Kommunen, weil
125 Schwimmbäder, Schulen und Straßen marode sind oder die Kita-Gebühren zu hoch. Jeder
126 Wegzug führt zu noch weniger Steuereinnahmen und weiteren Einsparungen und
127 Steuererhöhungen.

128

129 Der Stärkungspakt Stadtfinanzen, 2011 von Rot-Grün eingeführt, hat in vielen Kommunen
130 zwar erstmals einen ausgeglichenen Haushalt herbeigeführt. Viele Städte und Gemeinden
131 sind aber noch weit davon entfernt, nachhaltig in ihre Infrastruktur investieren zu können.
132 NRW ist unter allen Flächenländern Schlusslicht bei dem Anteil, den Gemeinden für
133 Bauinvestitionen übrighaben. Und allein für die kommunale Schieneninfrastruktur beziffert
134 der Städtetag in NRW den Investitionsbedarf auf 3 Mrd. Euro jährlich. Durch den
135 bevorstehenden Brexit geraten die Kommunen in Nordrhein-Westfalen zusätzlich unter Druck,
136 weil in allen Branchen Umsätze wegbrechen und die Förderungen in den Bereichen
137 Kohäsions- und Strukturpolitik um bis zu 20 % einbrechen könnten.

138

139 Nirgends erleben Menschen den Staat so unmittelbar wie auf der kommunalen Ebene. Die
140 Städte und Gemeinden sind der Ort, wo unser Leben spielt und Demokratie erlebt wird. Wenn
141 Demokratie darauf beschränkt ist zu entscheiden, ob zuerst die Volkshochschule oder das
142 Schwimmbad geschlossen werden sollen, ist das fatal. Deshalb wollen wir jetzt handeln.

143

144 **Neustartfonds jetzt**

145

146 Die Kassenkredite der am höchsten verschuldeten Kommunen müssen in einen Fonds
147 übertragen werden, der stellvertretend den Schuldendienst bis zur vollständigen Tilgung
148 übernimmt. Finanziert wird der Altschuldenfonds idealerweise anteilig von Bund, Land und
149 Kommunen. Letztere leisten maximal die Höhe der bisherigen Zinslast. Die Kommunen
150 erhalten im Gegenzug sichere Zinskonditionen und die langfristige Perspektive, ihre Schulden
151 los zu werden.

152 Seit Jahren lässt die Bundesregierung Kommunen und Länder mit der kommunale
153 Schuldenmisere alleine. Erst durch die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ wird
154 jetzt auf Bundesseite erstmalig eine gemeinsame Verantwortung angenommen. Konkrete
155 finanzielle Zusagen zur Entlastung liegen aber noch in weiter Ferne. Im Gegenteil, letzte
156 Hinweise aus Berlin so deuten, dass Innenminister Seehofer seine Ankündigung einer
157 Bundesbeteiligung nicht durchsetzen kann oder will.

158 Wir GRÜNE NRW halten auf allen Ebenen den Druck auf die Bundesregierung aufrecht, sich
159 am Schuldenschnitt zu beteiligen. Gleichzeitig sehen wir die Notwendigkeit, als Land *jetzt* zu
160 handeln – wie es die Länder Hessen und Saarland für ihr Städte und Gemeinden bereits getan
161 haben. Das bedeutet, dass der Fonds im Zweifel auch ohne Unterstützung des Bundes an den
162 Start gehen sollte.

163 **Investitionsoffensive in Daseinsvorsorge - Gemeinwohl in den Mittelpunkt NRW:**

164 Nicht nur in hoch verschuldeten Kommunen bröckelt der Putz von Schulwänden und
165 schließen Schwimmbäder. Zusätzlich zum Altschuldenfonds brauchen wir deshalb ein
166 Investitionsprogramm, an dem eine breitere Auswahl an Kommunen teilnehmen kann – das
167 fördert auch die Akzeptanz eines Altschuldenfonds innerhalb der kommunalen Familie. Der
168 Förderschwerpunkt liegt auf Infrastruktur, die allen Bürger*innen zugutekommt und die

169 Kommunen zukunftsfest macht – Schienennetz, Fahrradwege, Schwimmbäder sowie Mittel zur
170 Klimaanpassung.

171 **Gute Schulen und Kitas für gute Bildung:**

172 Das von Rot-Grün aufgesetzte Förderprogramm „Gute Schule 2020“ mit einem
173 Gesamtvolumen von 2 Mrd. Euro war eine zentrale Maßnahme, um den Sanierungsstau an
174 den Schulen zu verringern. Das Programm muss fortgesetzt und verstetigt werden, da
175 weiterhin Sanierungs- und Modernisierungsbedarf in den Schulen besteht und insbesondere
176 die ärmeren Kommunen dies aus eigener Kraft nicht stemmen können. Die Förderung von
177 Bildungsinfrastruktur muss vorrangig den Kommunen zu Gute kommen, die aus eigener Kraft
178 nicht in der Lage sind, für eine angemessene Ausstattung zu sorgen. Gerade dort, wo die
179 Kinderarmut besonders hoch ist, wollen wir die Voraussetzungen für bessere Bildung und
180 mehr Chancengleichheit schaffen.

181 Der Bund muss seine Zusagen beim Ausbau der Kita-Betreuung einhalten. Dies betrifft
182 insbesondere die notwendige Aufstockung der Mittel für Investitionen, wenn der Bedarf an
183 zusätzlichen Kita-Plätzen die bis dato im Bundeshaushalt vorgesehenen Mittel übersteigt. Die
184 Finanzierung aus dem sogenannten "Gute-Kita-Gesetz" muss verstetigt werden. Bei der
185 anstehenden und von uns unterstützten Einführung eines Rechts auf Ganztagsbetreuung für
186 Schulkinder fordern wir eine solide Bedarfsermittlung und eine faire Verteilung der Kosten
187 zwischen Bund, Land und Kommune unter substantieller Beteiligung des Bundes. Dabei sollen
188 die unterschiedlichen finanziellen Gegebenheiten in den Kommunen berücksichtigt und
189 gegebenenfalls von Land und Bund kompensiert werden. In einem ersten Schritt wollen wir
190 einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für die Klassen 1 bis 6, langfristig bis zum Ende der
191 Sekundarstufe I.

192 **Teuerungsanpassung für kommunale Förderprogramme**

193 Der private und öffentliche Bauboom belastet die Kommunen. Neubauten und Sanierungen
194 ihrer Schulen, Schwimmbäder oder sozialem Wohnraum werden deutlich teurer als geplant.
195 Oft genug ist dieses Geld vor Ort nicht vorhanden. Deshalb müssen in den Zuwendungen an
196 die Kommunen die steigenden (Bau-)Kosten für Infrastrukturmaßnahmen zukünftig
197 berücksichtigt werden.

198 **Dauerhafte verlässliche Finanzausstattung für die Kommunen schaffen**

199 Die Kommunen müssen dauerhaft in die Lage versetzt werden aus eigener Kraft ihre
200 Aufgaben bewältigen zu können und ausreichende Spielräume für Zukunftsinvestitionen zu
201 haben. Daher muss der Bund seine Verantwortung für die sozialen Leistungen übernehmen
202 und deutlich höhere Anteile an der Finanzierung der Zuwanderung tragen. Für uns gilt das
203 Konnexitätsprinzip. Deshalb fordern wir, dass die Kosten der Unterkunft für ALG-II-
204 Bezieher*innen künftig statt bisher zu 49 Prozent in einem ersten Schritt zu 75 Prozent vom
205 Bund getragen werden, statt sie den eh schon belasteten Kommunen aufzubürden. Dies würde
206 insbesondere vom Strukturwandel geprägte Kommunen entlasten und wäre ein kleiner, aber
207 entscheidender Schritt zu gleichwertigen Lebensverhältnissen.

208 Zudem muss endlich für eine verfassungsfeste Grundsteuer gesorgt werden, sonst bricht
209 gerade in den strukturschwachen Gebieten jede kommunale Selbstverwaltung zusammen.

210 **Pakt für lebenswerte Regionen:**

211 NRW steht mit seinen Problemen nicht allein da. In vielen Regionen kämpfen Städte und
212 Gemeinden damit, ihren Bürger*innen verlässliche und gute Kitas, Busse, Schulen und vieles
213 mehr zu gewährleisten. Das ist eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Deshalb
214 fordern wir einen "Pakt für Lebenswerte Regionen" von Bund und Ländern. Er unterstützt die
215 Regionen finanziell, die heute Schwierigkeiten mit der Versorgung haben. So bekommen sie
216 die Mittel und Möglichkeiten, um ihre Infrastrukturprobleme selbst anzugehen. Und er schafft
217 überall im Land gesicherte Standards für Infrastruktur, z.B. für schnelles Internet und für
218 gemeinschaftliche Mobilität. Das Grundgesetz muss dafür um die Gemeinschaftsaufgabe
219 "Regionale Daseinsvorsorge" ergänzt werden - nur so kann der Pakt finanziert werden.

220 **Antragssteller*innen:**

Landesvorstand

221